Die Grünen – Generation plus Wien

[redacted]
gplus.wien@gruene.at
https://www.facebook.com/gruene.seniorinnen.wien
https://generationplus.gruene.at/bundeslaender/wien/
[redacted]

Wien, 21.09.2026

Stellungnahme der Grünen – Generation plus Wien (Gplus Wien)

zum Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Durchführungsverordnung zum Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetz – WWPG geändert wird:

Der vorliegende Entwurf bringt nicht nur für das Personal, sondern auch für Pflegeheimbewohner: innen und deren Angehörige Verschlechterungen mit sich. Eine Schlechterstellung der meist älteren Bewohner: innen und der sich ebenfalls oft schon im Pensionsalter befindenden Angehörigen ist für Gplus Wien nicht akzeptabel.

Der Pflegebedarf steigt und Pflegebedürftige und ihre Angehörige müssen die Gewissheit haben, dass die Finanzierung der institutionellen Pflege gesichert ist.

Die Stadt Wien hat viel Geld in die Fachhochschulausbildung für Pflegefachkräfte gesteckt, nur um jetzt die entsprechenden Stellen zu kürzen.

1. Ökonomisierung zulasten der Menschenwürde

Im vorliegenden Entwurf wird explizit festgehalten: *„Anzahl und Mindestqualifikation der Pflege-, Betreuungs- und Hilfspersonen sind unter Bedachtnahme auf die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit festzulegen.“*

Gplus Wien äußert tiefe Besorgnis über diese Schwerpunktsetzung. Die explizite Verankerung rein betriebswirtschaftlicher Kriterien bei der Personalbemessung erweckt den Eindruck, dass primär fiskalische Einsparpotenziale gesucht wurden, anstatt das Wohl

und die Würde der Pflegebedürftigen sowie die Qualität der Betreuung in den Mittelpunkt zu stellen.

2. Qualitätsverlust und Deprofessionalisierung im Pflegebereich

Die geplante Absenkung des Mindestanteils von Angehörigen des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege (DGKP) von 30 % auf lediglich 15 % stellt eine massive Deprofessionalisierung dar. Der vorgesehene Ersatz durch Pflegefachassistent:innen (PFA) und die Einführung von rein telepflegerischer Beratung sowie Rufbereitschaften können die physische Abwesenheit diplomierten Fachpersonals nicht kompensieren.

Diese Strukturreform führt zu einer gefährlichen Schere: Auf das verbleibende diplomierte Personal kommt eine erhebliche Mehrverantwortung durch Anleitungspflichten zu, ohne dass eine ausreichende Präsenz vor Ort gewährleistet ist. Gleichzeitig wird Pflegeassistenzpersonal mit hochkomplexen Situationen konfrontiert, die außerhalb ihres Kernkompetenzbereichs liegen. Dies birgt nicht nur akute Risiken für die Bewohner: innen-Sicherheit, sondern erhöht auch das Risiko von Überlastung und Burn-out bei den Beschäftigten.

3. Arbeitsverdichtung durch neue Vollzeitäquivalente

Zwar bleibt das rechnerische Verhältnis der Bewohner: innen zum Personal laut Entwurf formal gleich, die Erläuterungen offenbaren jedoch eine verdeckte Personalreduktion: Die Herabsetzung der Definition eines Vollzeitäquivalents (VZÄ) von bislang gelebten 40 Wochenstunden auf nunmehr 37 Wochenstunden führt real zu einem spürbaren Verlust an Netto-Pflegestunden am Bett. Das Resultat ist eine massive Arbeitsverdichtung über alle Berufsgruppen hinweg, die der ohnehin prekären Personalsituation im Pflegebereich widerspricht.

4. Fehlanreize durch Ausweitung der Entscheidungshoheit der Träger

Die den Heimträgern zugestandene Kompetenz, die Notwendigkeit und das Ausmaß einer 24-Stunden-Anwesenheit von DGKP individuell zu prüfen, wird in der Praxis zu einem Qualitätsabbau führen. Angesichts des anhaltenden wirtschaftlichen Drucks auf die Trägerorganisationen ist zu befürchten, dass die rechtliche Möglichkeit, auf eine durchgehende diplomierte Präsenz zu verzichten, aus Kostengründen auch dann praktiziert wird, wenn eine 24-Stunden-Präsenz fachlich dringend indiziert wäre.

5. Defizite bei der medizinischen und ärztlichen Versorgung

Der Verzicht auf eine Verpflichtung der Heimträger, ärztliche Leistungen direkt (etwa durch angestellte Heimärzt:innen) anzubieten, verfestigt den bestehenden Mangel in der medizinischen Versorgung. Die Delegation auf den niedergelassenen Bereich ist unzureichend. Da Hausärzt:innen aufgrund von Kapazitätsgrenzen Akuttermine in Heimen oft nicht zeitnah wahrnehmen können, droht eine Zunahme vermeidbarer, logistisch aufwendiger und für die pflegebedürftigen Menschen hochtraumatischer Spitalstransporte wegen medizinischer Bagatellfälle. Hier vermisst Gplus Wien das notwendige Problembewusstsein für sektorübergreifende Versorgungslücken.

6. Zusätzliche Belastung pflegender Angehöriger

Der vorliegende Entwurf wird der demografischen Entwicklung und der steigenden Komplexität des Pflegebedarfes nicht gerecht. Sinkende Qualitätsstandards in den Einrichtungen führen unweigerlich zu einer Verlagerung der Betreuungslast auf die (pflegenden) Angehörigen. Bereits jetzt kompensieren Familienmitglieder fehlende Personalressourcen in den Heimen durch die Übernahme von Grundpflege und Hilfsdiensten (z. B. bei der Nahrungsaufnahme). Eine weitere Verschärfung dieser Situation ist gesellschaftspolitisch nicht tragbar.

Zusammenfassung

Die Grünen – Generation plus Wien fordert die Wiener Landesregierung daher dringend auf, den vorliegenden Entwurf grundlegend zu überarbeiten. Die drohende Deprofessionalisierung und die verdeckte Arbeitsverdichtung müssen zurückgenommen werden. Ein zukunftsfähiges Pflegesystem muss sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und den Arbeitsbedingungen des Personals orientieren, nicht an kurzfristigen Budgetoptimierungen.

Mit freundlichen Grüßen

f.d. Die Grünen – Generation plus Wien



